

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Oskar Lipp

Abg. Felix Locke

Abg. Josef Schmid

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Markus Saller

Abg. Christiane Feichtmeier

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Ja zur bayerischen Automobilindustrie! Ja zum deutschen Verbrennungsmotor! (Drs. 19/3266)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Kollege Oskar Lipp.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Besuchertribüne! Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben das Aus für den Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 beschlossen. Das geplante Verbrennerverbot ist nicht nur eine Bedrohung für unsere Industrie, sondern es ist ein drohender Schlag für unser Land. Wenn die bayerische Automobilindustrie stirbt, stirbt auch ein Stück von Bayern.

Fast 180.000 Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt von der Produktion und Entwicklung des Verbrennungsmotors ab. Ganze 231 Unternehmen sind in diesem Bereich tätig. Diese Arbeitsplätze sind nicht nur Zahlen auf einem Blatt Papier, sondern sie sind die Lebensgrundlage vieler Familien.

(Beifall bei der AfD)

Zwischen Januar 2022 und November 2024 haben fast 15.000 Menschen in Bayern in der Automobil- und Zulieferindustrie ihren Job verloren durch Werkschließungen, Abwanderung der Produktion ins Ausland und den Druck ideologischer Entscheidungen, mittlerweile leider in ganz Bayern.

Hier ein Auszug des Niedergangs: Bosch Rexroth in Schweinfurt – 300 Arbeitsplätze weg; Magna-Werkschließung in Bad Windsheim – 370 Arbeitsplätze weg; Weha-Werkschließung in Eisenach – 380 Arbeitsplätze weg; Preh in Bad Neustadt – 420 Arbeitsplätze weg; Webasto in Starnberg – 500 Arbeitsplätze weg; Continental in Regensburg und Ingolstadt – 575 Arbeitsplätze weg; Schaeffler, wieder Schweinfurt – 700 Arbeitsplätze weg; ZF, ebenfalls in Schweinfurt – 3.000 Arbeitsplätze weg.

Wirklich eine Katastrophe, und man fragt sich: Was ist mit Ingolstadt, mit Audi in Bayern? – In meiner Heimatstadt Ingolstadt liest man in der Presse von bis zu 4.500 Arbeitsplätzen, die in den nächsten Jahren gestrichen werden könnten. Wenn die Staatsregierung das Verbot des Verbrennungsmotors ungebremst weiterbetreibt, wird es katastrophal. Was passiert mit den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die heute noch stolz auf ihre Arbeit für die Automobilindustrie sind? Ärmliche Verhältnisse wie in Detroit werden bei uns in den Städten, in den Dörfern und in den ländlichen Regionen einkehren.

Verehrte Staatsregierung, Sie müssen endlich entschieden gegen die Eingriffe des Green Deals der EU kämpfen.

(Beifall bei der AfD)

Sie dürfen nicht tatenlos zusehen, wie der Drang der EU zur Selbstzerstörung die Menschen in Unsicherheit und Armut treibt. Sie müssen den Verbrennungsmotor als Zukunftstechnologie schützen und erhalten.

Doch was tut die Union? – CSU und CDU haben sich über Jahre hinweg als maßgebliche Antreiber des Verbrennerverbots hervorgetan. Markus Söder, der heute in Berlin ist, forderte bereits 2007 und 2020 offiziell das Verbot des Verbrennungsmotors. Ursula von der Leyen und die EU-Kommission setzten das Verbrennerverbot EU-weit durch, und Manfred Weber lobt heute noch den Green Deal. Doch wir wissen: Totgesagte leben länger. Dazu muss die Staatsregierung endlich ihre Verantwortung wahr-

nehmen. Dann hat der Verbrennungsmotor nach 125 Jahren deutscher Exzellenz weiterhin eine Zukunft.

Aber was machen CSU und FREIE WÄHLER jetzt? – Nicht nur, dass sie im Bundestag einfach Anträge von der Tagesordnung nehmen; denn sonst gibt es falsche Mehrheiten mit FDP und AfD. Das ist sehr undemokratisch, wie man hier jetzt anscheinend lernt. Sondern sie machen auch eine Rolle rückwärts. Sie geben plötzlich vor, sich gegen das Verbrennerverbot zu stellen, obwohl sie es selbst so lange gewollt und – noch schlimmer – mitgetragen und initiiert haben. Eine Narretei, frei nach Elon Musk gesprochen, meine Damen und Herren.

Nur die AfD setzt sich konsequent für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein, das heißt für die Arbeitsplätze, für den Wohlstand und für die deutsche Innovationskraft, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Quatsch! – Martin Wagle (CSU): Märchenstunde!)

Es ist höchste Zeit, dass sich auch die CSU und die Bayerische Staatsregierung hier endlich klar positionieren. Deshalb fordern wir von der AfD: Der Landtag muss sich zur bleibenden Bedeutung des Verbrennungsmotors bekennen. Die Staatsregierung muss endlich in Brüssel und in Berlin, notfalls mit der Trump-Methode der klaren Worte, das EU-Verkaufsverbot für neue Verbrenner ab 2035 sowie die verschärften Grenzen für CO₂ – hier gibt es ab 2025 noch höhere Strafzahlungen für die Autobauer – aus der Welt schaffen. Dafür muss sich die Regierung endlich auch mal die Finger schmutzig machen, meine Damen und Herren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das macht ihr schon!)

Die Bürger in Bayern können sich darauf verlassen, dass sich die Alternative dem wirtschaftlichen Niedergang in unserem Land entgegenstellt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Eine Zwischenbemerkung des Kollegen Felix Locke.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Lipp, Sie haben gesagt, nur die AfD spreche sich konsequent für den Verbrenner aus.

(Ferdinand Mang (AfD): Ja!)

Dann liefern Sie uns bitte mal ein Beispiel oder ein Zitat eines FREIEN WÄHLERS, in dem wir uns gegen den Verbrenner gestellt hätten.

Oskar Lipp (AfD): Ein Zitat kann ich Ihnen jetzt auf die Schnelle nicht liefern,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gibt es auch nicht!)

aber Ihr Abstimmverhalten in den Ausschüssen zeigt das. Sie lehnen alles ab. So demokratisch sind Sie. Es sind gute Anträge.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster bitte Kollege Josef Schmid.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich, wieso dieser Antrag der AfD, der bereits ausführlich im Ausschuss für Wirtschaft behandelt wurde, ins Plenum gezogen wird. Ich weiß jetzt, warum. Das ist eine von Ihnen geplante Beschäftigungstherapie für das gesamte Parlament. Außerdem ist es offensichtlich der Versuch, dass sich hier ein zweiter Redner – im Ausschuss war es der Kollege Köhler, jetzt ist es der Kollege Lipp – pseudomäßig profilieren kann. Dem werden wir aber nicht auf den Leim gehen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen, meine Damen und Herren.

Eigentlich ist es ein Witz, was Sie hier erzählen. Aber es ist auch völlig untauglich; denn im Grunde weiß wirklich jeder in Bayern, wie sehr sich die Bayerische Staatsre-

gierung, allen voran der Ministerpräsident, und insbesondere auch die CSU als Partei auf allen Ebenen gegen das Verbrenner-Aus gestellt haben

(Lachen bei der AfD)

und für Technologieoffenheit eingetreten sind. Aber, Kollegen, wir sind – das ist der Unterschied zu Ihnen – natürlich auch für eine klimaneutrale und nachhaltige Mobilität eingetreten; ganz einfach.

Jetzt gebe ich Ihnen einfach mal einen Beleg; denn Sie behaupten hier dauernd irgendwelche Sachen und kommen mit irgendwelchen uralten Zitaten aus Zeiten lange vor Corona, lange vor irgendwelchen Ereignissen, die sonst noch wirtschaftsrelevant waren; ich meine jetzt etwas wie die Ampel-Regierung und so. Im Juni 2024 – das ist nicht lange her, das ist jetzt fünf Monate her – hat niemand anderes als die CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag eingebracht betreffend "Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors" – dauerhaft, ohne Enddatum, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Jetzt kommen wir zu Ihrem Antrag. Ihr Antrag beinhaltet Dinge, die sowieso schon passieren, nämlich beispielsweise die Beibehaltung der Agrardieselmrückvergütung. Dann beinhaltet Ihr Antrag Dinge, die auf der EU-Ebene zu klären sind, also nicht vom Bayerischen Landtag und nicht mal vom Bundestag aus machbar sind, zum Beispiel der ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Energieträger. Dann beinhaltet Ihr Antrag aber eben auch, was zu Ihnen passt, weil Sie den menschengemachten Klimawandel permanent leugnen, dass beispielsweise die CO₂-Komponente bei der Kfz-Steuer abgeschafft werden soll. Das ist aber keine Politik, die abwägt, und keine Politik, die auch bedenkt, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt. Deswegen ist richtig, was wir machen, nämlich uns technologieoffen dafür einzusetzen, dass der Verbrennungsmotor bleibt und die alternativen Kraftstoffe auch im Rahmen der Technologieoffenheit eine Chance bekommen. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Der Kollege Lipp hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Schmid, Sie haben gesagt, dass Sie sich für den Verbrenner einsetzen – auf allen Ebenen, wenn ich das richtig verstanden habe. Wie erklären Sie sich dann das Verhalten Ihrer Schwesterpartei, der CDU, im Bundestag, die den Antrag auf Drucksache 20/11759 mit dem Titel "Technologieoffener Klimaschutz im Straßenverkehr – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors" einfach von der Tagesordnung nimmt? Was Sie im Bundestag machen, ist mehr oder weniger Blockade des Parlaments. Das muss man so sagen. Sie haben Angst vor falschen Mehrheiten, davor, dass FDP und AfD dem Antrag zustimmen. Deswegen setzen Sie den Antrag lieber ab. Jetzt frage ich mich: Warum ist der Herr Söder aktuell gerade in Berlin? Möchte der vielleicht, weil es gerade in der Union rumort in Bezug darauf, wie man mit so was umgeht – "mit AfD-Stimmen arbeiten wir nicht" –, der nächste Kanzler werden?

Josef Schmid (CSU): Herr Lipp, Sie kommen vom Hundertsten ins Tausendste, wenn Sie beim Hundertsten nicht weiterkommen. Sie greifen zunächst die Staatsregierung an. Wir sind hier aber der Bayerische Landtag. Wir sind eine Fraktion, die die Bayerische Staatsregierung stützt. Das ist bekanntlich die CSU. Ich kenne den Antrag, den Sie hier zitiert haben, nicht. Deswegen vermute ich, dass es wieder mal ein Falschzitat ist.

(Lachen bei der AfD)

– Ich weiß es nicht, aber es spielt auch keine Rolle. Wenn Sie die CSU ansprechen und wenn Sie die Staatsregierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN ansprechen – der Kollege von den FREIEN WÄHLERN kommt gleich noch –, dann kann ich Ihnen nur noch einmal sagen: Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hat den Antrag eingebracht, der zeigt, dass sie gegen das Verbrennungsmotor-Aus ist.

(Zurufe von der AfD)

Das sind die Tatsachen. Da können Sie sich noch dreitausendmal aufregen. Sie können auch gern Ihre Unwahrheiten weiterverbreiten.

(Widerspruch bei der AfD)

Aber in Bayern weiß jeder, dass die CSU hinter der Automobilindustrie steht, besonders hinter der bayerischen. Deswegen ein klares Nein zum Verbrenner-Aus.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als nächster Redner bitte der Kollege Dr. Markus Bächler.

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute, im Jahr 2024, fährt die CSU online eine Kampagne "Ja zum Auto – Nein zum Verbrennerverbot!". Ministerpräsident Söder ergänzt mit Worten wie "Das [...] Verbrennerverbot muss weg, wir setzen auf Technologieoffenheit". Ganz anders war das aber im Jahr 2007. Lieber Kollege Schmid, das muss man im Zusammenhang einordnen. Ich sage auch gleich, warum man das einordnen muss und warum das interessant ist.

2007 hat Markus Söder, damals CSU-Generalsekretär, noch getönt: Ab dem Jahr 2020 dürfen nur noch Autos zugelassen werden, die über einen umweltfreundlichen Antrieb verfügen. Grüne Motoren, so Söder weiter, schaffen neue Arbeitsplätze. Die deutsche Autoindustrie lege beim Thema Umweltschutz aber nicht genügend Erfindergeist an den Tag. Sie brauchte ein klares Ultimatum, hat er gesagt, um den notwendigen Innovationsdruck zu erzeugen.

Söder hat also 2007 noch das genaue Gegenteil von dem gesagt, was er heute, 2024, sagt. Warum ist das wichtig? – Nicht nur aus historischem Interesse, sondern das Problem der deutschen Industrie und Zulieferindustrie ist das ewige Hin und Her und dieses Hü und Hott, das die bayerische Automobilindustrie bedrängt. Diese Planlosigkeit

in der CSU, in der Staatsregierung ist das Problem, weniger die Antriebswende. Das können unsere Ingenieurinnen und Ingenieure bestens lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Fahrzeugindustrie und ihre Zulieferer sind stark. Sie können weltbeste Autos bauen, aber auch Lkw, Busse und Lokomotiven, und zwar mit jedem Antrieb. Aber unsere Fahrzeugindustrie in Bayern samt ihren Zulieferern ist nicht groß genug, um einen ganzen Blumenstrauß verschiedenster Antriebe erfolgreich auf dem Weltmarkt zu platzieren. Sie ist auch nicht groß genug, um alle paar Jahre die Strategie komplett über den Haufen werfen zu können, je nachdem, wo der Ministerpräsident und die CSU gerade ihr Fähnlein in den Wind hängen.

Reden Sie doch mal mit den Unternehmen im Fahrzeugsektor. Sie verlangen eine Wirtschaftspolitik, die klare Leitplanken vorgibt. Die Fahrzeugindustrie will Vertrauen und Verlässlichkeit über viele Jahre hinweg, sodass sie sich danach ausrichten kann, um auf dem Weltmarkt zu bestehen. Die Fahrzeugindustrie in Bayern ist stark, steht aber international enorm unter Druck. Unserer Fahrzeugindustrie reicht der regionale Markt in Bayern und auch in Deutschland hinten und vorne nicht. Unsere Fahrzeugindustrie braucht den Weltmarkt, um bestehen zu können. Sie ist auf die internationalen Märkte angewiesen. Die internationalen Märkte haben die Frage nach der Antriebswende schon lange entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor Kurzem sind die Zahlen herausgekommen: Im zweiten Quartal dieses Jahres sind in China 44 %, also fast jedes zweite Auto, batterieelektrisch oder mit Range Extender zugelassen worden. Fast jedes zweite Auto! Das ist der Weltmarkt. Und das ist nicht nur in China so, sondern auch in anderen Ländern.

Mit einem nationalen Sonderweg treiben wir unsere Industrie und die Zulieferbetriebe in den Ruin und überlassen das Geschäft den Chinesen und den Amerikanern. Es ist

doch gescheiter, wenn wir unserer Industrie helfen mit klaren Rahmenbedingungen, mit einem klaren Ausstiegsdatum, wie es die anderen Länder auch haben, damit sie an den Weltmärkten von morgen teilhaben kann. 15 Millionen Pkw wurden alleine in diesem Jahr weltweit batterieelektrisch oder mit Range Extender zugelassen. Helfen wir mit, dass mit solchen innovativen Produkten Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern gesichert werden können, indem unsere Industrie und die Zulieferer erhalten bleiben und auf dem Weltmarkt bestehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch eines: Für viele Verbraucher ist das Elektroauto schon heute auch billiger, zum Beispiel dann, wenn sie den eigenen Strom vom Dach nutzen können. Wer dieser Entwicklung im Weg steht, der schadet nicht nur der Industrie und den Arbeitsplätzen, sondern auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Danke schön. – Der Kollege Markus Saller, bitte.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Böhler, einmal sagen Sie "planlos"; dann sagen Sie aber "Dirigismus", "Vorgabe" und der Staat soll entscheiden, welche Antriebswelle letztendlich verwendet wird. Ich bin der Meinung, dass das, wie Sie dazwischen auch gesagt haben, unsere Ingenieure austüfteln sollen. Der Weg kann nur über Technologieoffenheit gehen. Wir sind noch am Anfang der Beschäftigung mit Themen wie E-Fuels usw.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn Sie sich ein bisschen mit Spediteuren unterhalten würden, dann würden Sie feststellen, dass wir im Bereich der Lkw und der Schwertransporter wahrscheinlich ganz weit davon entfernt sind, dass das jemals mit elektrischen Antrieben vernünftig funktionieren wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt allein schon wegen der Ladekapazitäten, wenn man sich vorstellt, dass da plötzlich Tausende von Lkw am Irschenberg stehen. Womit wollen Sie denn diese Ladekapazitäten überhaupt erbringen? Das ist nicht machbar,

(Zuruf von den GRÜNEN)

ganz abgesehen davon, dass die Batterien viel zu schwer sind und die Lkw etwas anderes transportieren sollen als die Batterien. Das Ganze muss technologieoffen sein.

Wir FREIE WÄHLER haben uns zu keinem Zeitpunkt vom Verbrenner abgewandt. Schauen Sie sich die Tweets von unserem Wirtschaftsminister an. Ich glaube, da finden Sie Hunderte, in denen er sich ganz klar dazu bekennt, dass der Verbrenner nach wie vor eine Zukunft haben muss. Aber natürlich ist die ganze Wirtschaft, die ganze Automobilindustrie trotzdem in einem Transformationsprozess. Es wird einen Wettbewerb um verschiedene Antriebstechniken geben. Wir sollten als Staat eben nicht in diesen Wettbewerb um Antriebstechniken eingreifen, sondern wir sollten schauen, was sich am Ende des Tages am Markt durchsetzen kann. Die Partei der GRÜNEN will immer nur Strom, Strom, Strom. Aber ob Strom die Lösung für jedes Problem ist, möchte ich zumindest infrage stellen.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung steht natürlich zur Automobilindustrie, und zwar ohne Abstriche. Aber sie steht eben auch zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Mobilität. Übrigens habe ich dem Söder-Zitat, das Sie vorher angeführt haben, nicht entnommen, dass er im Jahr 2007 das Verbrenner-Aus gefordert hat. Er hat von einem klimaneutralen Antrieb gesprochen, aber nicht vom Verbrenner-Aus. Zumindest habe ich das so verstanden.

Die Bayerische Staatsregierung ist und bleibt der Auffassung, dass wir technologieoffen in die Zukunft gehen müssen. Wir unterstützen die Automobilindustrie auf allen Ebenen. Das schließt natürlich auch den Verbrennungsmotor ein. Wir unterstützen

auch neue Kraftstoffe wie HVO100 und ähnliche Dinge, die gerade im Kommen sind; das hat der Kollege Schmid schon gesagt. Wir stehen für die Beibehaltung der Agrardieselmückvergütung.

Ich muss mich schon darüber wundern, warum dieser Antrag, über den wir lange und breit im Wirtschaftsausschuss diskutiert haben, jetzt noch einmal diskutiert wird. Wir haben am gleichen Tag einen Antrag mit Mehrheit verabschiedet, der hieß: "Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der Automobilindustrie jetzt!" In diesem Antrag steht alles drin. Hierin ist ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit und zum Verbrenner enthalten. Daher hat sich der Landtag hier bereits eindeutig positioniert und eindeutig gesagt, wie er sich hinter die bayerische Automobilindustrie stellt. Ich empfehle Ihnen zur Lektüre noch einmal die Drucksache 19/3520. Dort können Sie alles nachlesen. Ansonsten gibt es zu dem Antrag nichts weiter zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nun spricht Frau Kollegin Christiane Feichtmeier.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion zeigt einmal mehr, wie die Partei versucht, mit selektiv gewählten Zahlen Ängste zu schüren, die Klimakatastrophe zu leugnen und den notwendigen Wandel in der Mobilität zu blockieren. Ja, die Transformation unserer Automobilindustrie ist eine gewaltige Herausforderung. Aber sie ist auch eine Chance für Bayern und für Deutschland, unsere weltweite Führungsposition in der Automobilindustrie zu behaupten. Die AfD verschweigt in ihrem Antrag bewusst die Fortschritte, die wir bei der E-Mobilität bereits erreicht haben: sinkende Batteriekosten, steigende Reichweiten, den bisherigen Ausbau der Ladeinfrastruktur, der natürlich noch weiter forciert werden muss. Ihre Haltung ist aber auch ein Schlag ins Gesicht unserer bayerischen Autobauer wie BMW oder Audi, die bereits massiv in die E-

Mobilität und die Entstehung zukunftsfester Arbeitsplätze investiert haben. Stattdessen malen Sie ein Schreckensszenario an die Wand.

Wir als SPD stehen für einen sozial gerechten Wandel in der Mobilität. Das bedeutet, wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, wir setzen uns für bezahlbare E-Autos ein, wir kämpfen für gute Arbeitsbedingungen in den neuen Produktionsstätten, und wir sorgen dafür, dass niemand im Transformationsprozess zurückgelassen wird. Die Behauptung, Deutschland würde seinen Wirtschaftsmotor aufgeben, ist schlichtweg falsch. Im Gegenteil: Wir wollen massiv in Zukunftstechnologien investieren, in Forschung und Entwicklung. Nur das sichert unsere Wettbewerbsfähigkeit. Nicht das Festhalten an alten Technologien, sondern Innovation hat Deutschland stark gemacht. Die SPD lehnt daher den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wie bereits zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, entfällt der Tagesordnungspunkt 8.